

## Vorwort

Als vor nunmehr über 50 Jahren, am 4. April 1967, die israelische Armee das Westjordanland, Ostjerusalem, den Gazastreifen und die Golanhöhen besetzte, begann für die Palästinenserinnen und Palästinenser ein weiteres dunkles Kapitel ihrer leidvollen Geschichte. Schon die Enteignung eines Großteils ihres Heimatlandes durch die Teilungsresolution 181 der UNO vom November 1947, die anschließende Flucht und Vertreibung von über 750.000 Menschen und die Gründung des israelischen Staates am 14. Mai 1948 werden ihnen für immer als Katastrophe (Nakba) in Erinnerung bleiben. Am historischen Horizont taucht dann sogleich die Erklärung von Lord Balfour vom 2. November 1917 auf, in der die englische Regierung dem Repräsentanten der zionistischen Weltführung, Baron Rothschild, eine »Heimstatt« in Palästina versprach. Es sind Dokumente des Kolonialismus, die selbst dort, wo sie die autochthonen Bewohner\*innen Palästinas erwähnen, diesen nur eine klägliche Restexistenz einräumen. Aber auch diese wird ihnen bis heute immer noch nicht zugestanden. Ein öffentliches Erinnern an dieses düstere Kapitel ist ihnen in Israel nicht erlaubt.

Die Palästinenserinnen und Palästinenser werden jedoch wohl kaum jemals die Besatzung in ihrer Restheimat, der Westbank, Ostjerusalems und des Gazastreifens<sup>1</sup> akzeptieren. Denn sie entzieht ihnen durch die fortdauernde Kolonisierung und Enteignung von Land, die regelmäßige Zerstörung von Häusern, Gärten und Plantagen und durch die Gewalt der Siedler\*innen die Existenzgrundlage. Die täglichen Schikanen und Demütigungen an den Checkpoints, das System der Militär-

---

1 Die totale Blockade des Gazastreifens durch Israel wird von der UNO wie vom Auswärtigen Amt in Berlin als Besatzung im völkerrechtlichen Sinn eingestuft.

und Administrativhaft mit derzeit über 7000 Gefangenen, davon 400 Kindern, das sich über alle internationalen Standards und rechtsstaatlichen Anforderungen hinwegsetzt, und die allgemeine Rechtlosigkeit unter den Militärverordnungen und vor den Gerichten haben ein Regime der permanenten Angst und Unterdrückung geschaffen, welches die Besatzung immer unerträglicher macht. Die nun schon zehn Jahre andauernde Blockade des Gazastreifens, während der die israelische Armee in drei Kriegen 2008, 2012 und 2014 furchtbare Zerstörungen hinterlassen hat, hat die Lebensbedingungen der Menschen derart verschlechtert, dass die UNO davon spricht, dass der Gazastreifen im Jahr 2020 unbewohnbar sein wird, wenn sich nichts ändert.

Die UNO-Generalversammlung hat es nie an Deutlichkeit gegenüber den israelischen Regierungen fehlen lassen. Auf der unstrittigen Basis der UNO-Charta und der Genfer Konventionen, die Israel unterschrieben hat, aber nicht anerkennen will, hat sie die Besatzung immer wieder verurteilt, die zu einer Geißel der Gewalt, Diskriminierung und Entwürdigung geworden ist und allen Prinzipien und Grundsätzen der politischen Moral und des internationalen Rechts widerspricht.

Die Vereinten Nationen berichten regelmäßig über die Verstöße gegen ihre Prinzipien und Entschließungen. In zahlreichen Resolutionen hat die Generalversammlung die Praktiken der Besatzung als schwere Verletzung der Menschenrechte des palästinensischen Volkes verurteilt. Sie hat immer wieder verlangt, dass Israel als Besatzungsmacht das IV. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten einhält und von seinen Politiken und Praktiken ablässt, die gegen dieses Abkommen verstoßen. Nach Art. 49 des IV. Genfer Abkommens sind alle jüdischen Siedlungen, die ohne Zustimmung der Palästinenser\*innen in den besetzten Gebieten errichtet worden sind, völkerrechtswidrig. Dies hat der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag in seinem fast einstimmig verabschiedeten Gutachten vom 9. Juli 2004, in dem er auch den Mauerbau auf palästinensischem Territorium als rechtswidrig bezeichnete, ausdrücklich bestätigt. Doch alle israelischen Regierungen haben es im Schutze der USA und der meisten europäischen Regierungen abgelehnt, die Genfer Konventionen, die Beschlüsse der UNO und die vom IGH

aufgestellten Regeln zu befolgen. Auch die nach Jahrzehnten erste Resolution des UNO-Sicherheitsrats 2334 vom 13. Dezember 2016, die wiederum alle Siedlungsaktivitäten als eindeutigen Verstoß gegen das Völkerrecht verurteilt hat, konnte keine Meinungsänderung bei der israelischen Regierung hervorrufen. Sie blieb weiter bei ihrer demonstrativen Missachtung.

Die als Garantiemächte auftretenden atlantischen Staaten entziehen sich seit 1948 ihrer Verantwortung mit der immer gleichen Formel, dass beide Seiten die Lösung ihres Streits selbst in die Hand nehmen müssten. Die Palästinenser\*innen haben die Existenz des Staates Israel in den Grenzen, die 1949 durch den Waffenstillstand mit den arabischen Staaten gezogen wurden, seit langem akzeptiert und durch ihre Vertretung, die PLO, wiederholt – unter anderem 1988 und 1993 – anerkannt. Was haben sie noch als Kompromiss anzubieten, wenn israelische Regierungsstellen den kriegerrischen Status quo preisen und die Gründung eines separaten souveränen Staates Palästina ablehnen? Nichts zeigt die Ohnmacht der Vereinten Nationen deutlicher als das offene Eingeständnis ihres ehemaligen Generalsekretärs Kofi Annan, dass es seit 20 Jahren keine seriösen Gespräche zwischen den Parteien gegeben habe und diese von den gegenwärtigen Politiker\*innen auch in Zukunft nicht zu erwarten seien. Dies gilt ebenso für die Entscheidung des jetzigen Generalsekretärs António Guterres, sich von dem Report des Beauftragten der United Nations Economic and Social Commission for Western Asia (ESCWA), der die gegenwärtige Situation der palästinensischen Bevölkerung nach internationalem Recht als Apartheid kritisiert, zu distanzieren und ihn von der Website der UNO nehmen zu lassen.

Dass die Lebensbedingungen in den besetzten Gebieten unmenschlich, unerträglich und mit dem demokratischen Anspruch Israels unvereinbar sind, ist weithin bekannt und nicht bestreitbar. Es mehren sich jedoch in Israel die Stimmen, die die Auswirkungen der langen Besatzung auf die israelische Gesellschaft und Demokratie trotz der andauernden und weitgehenden Zustimmung bei der jüdischen Bevölkerung für bedrohlich und zerstörerisch halten. Erst jüngst hat der ehemalige Sprecher der Knesset, Avraham Burg, die intellektuelle

und moralische Zerstörung beklagt, die die Besatzungspolitik in der israelischen Gesellschaft angerichtet hat. Kann eine Regierung überhaupt noch für sich in Anspruch nehmen, eine Demokratie zu sein, wenn ihr verfassungsrechtlicher Schutz nur für den jüdischen Teil der Bevölkerung gilt, während sie die arabische Bevölkerung der Gewalt eines Systems unterwirft, das – nicht nur – im erwähnten UN-Report als Apartheid bezeichnet wird?

Auch in der deutschen Gesellschaft haben die Dauer und die Radikalisierung des Konfliktes zu einer gefährlichen Deformation der Auseinandersetzung geführt, die den Begriff der Streitkultur nicht mehr verdient. Die Kritik an der israelischen Besatzungspolitik ist in Deutschland ebenso wie deren Verteidigung so alt wie die Besatzung selbst. Mit den verstärkt vorgetragenen Forderungen einiger israelischer Politiker\*innen nach einer Annexion der Westbank hat sich auch in Deutschland die Kritik ausgeweitet und mit der Boykott- und Sanktionsbewegung erstmals eine Wirkung entfaltet, die über den literarischen und demonstrativen Protest hinausgeht. Der von Verteidiger\*innen Israels ohnehin immer wieder in Reaktion auf Kritik an dessen Politik vorgebrachte Antisemitismusvorwurf wurde in Folge dessen noch einmal verstärkt benutzt, um jegliche Auseinandersetzung mit israelischen Menschenrechtsverletzungen und Völkerrechtsverstößen zu delegitimieren. Doch der inflationäre Einsatz des Vorwurfs verfehlte zunächst sein Ziel, Besatzung und Siedlungspolitik aus der Diskussion herauszuhalten. Darum ist man in letzter Zeit dazu übergegangen, die Diskussion generell zu unterbinden durch Druck auf kommunale, universitäre oder kirchliche Institutionen, damit diese Veranstaltungsräume und Vortragssäle verweigern oder kündigen. Es ist nur verwunderlich, dass dieser Angriff mit administrativen Maßnahmen auf die freie Diskussion, der nichts anderes als das Eingeständnis der eigenen argumentativen Ohnmacht ist, auf so schwache Verwaltungen trifft, die aus einer Mischung von Angst und Feigheit dem Druck nachgeben. Das vielfältige Eigenlob über die bisher erbrachten Leistungen zur Aufarbeitung der furchtbaren deutschen Geschichte, das immer wieder mit bewundernden Stimmen aus dem Ausland unterlegt wird, trifft nur die halbe Wahrheit. Es übersieht, dass trotz aller Wiedergutmä-

chungszahlungen, Gedenkstätten und -veranstaltungen, Publikationen, Denkmäler und Waffenlieferungen das Verhältnis der deutschen Politik zu Israel an einem weitreichenden Mangel an Verantwortung für die palästinensischen Opfer dieser Politik leidet. Die Unterwerfung, Vertreibung und Enteignung des palästinensischen Volkes wird häufig mit der offiziellen Staatsräson der deutschen Politik, nämlich der Sicherheit Israels, begründet. Die so »gerechtfertigte« deutsche Unterstützung der israelischen Politik ist nicht nur völkerrechtlich, sondern auch moralisch eine vollkommen untragbare Position, die auch nicht mit einer Verpflichtung aus den Verbrechen des Holocaust gerechtfertigt werden kann. Die finanzielle Unterstützung der palästinensischen Behörden in Ramallah und gesellschaftlicher Projekte in Gaza können die Zerstörungen der Besatzungspolitik nicht kompensieren. Sie erleichtern allenfalls die Lebensbedingungen, zugleich festigen und verlängern sie aber die Besatzung, anstatt auf ihre Aufhebung hinzuwirken. Solange die deutsche Politik die Verantwortung für die Sicherheit Israels nicht mit der Verantwortung für die Sicherheit eines palästinensischen Staates und seines Volkes entsprechend den Prinzipien und Vorgaben der für alle Staaten verbindlichen UNO-Charta verbindet, bleibt die Aufarbeitung der eigenen Geschichte Stückwerk.

Im vorliegenden Band wird versucht, einen Teil der angesprochenen Probleme durch Autorinnen und Autoren aus Israel, Palästina, den USA und Deutschland zu erörtern. Er ist weit von dem Anspruch entfernt, ein Gesamtbild der Problematik zu entwerfen, nicht einmal, alle wichtigen Probleme aufgegriffen zu haben oder eine Lösung der Konflikte auch nur vorzuschlagen. Wir wollen allerdings die andere Seite der Staatsgründung Israels vor rund 70 Jahren und der Eroberung Ostjerusalems, der Westbank und des Gazastreifens vor rund 50 Jahren in den Vordergrund stellen. Obwohl inzwischen an historischen und aktuellen Darstellungen kein Mangel herrscht, wird in letzter Zeit verstärkt versucht, diese Seite der Geschichte zu verschweigen und auszublenden. Wir hoffen, dass wir mit diesem Band dazu beitragen können, die einseitig gewordene Diskussion wieder zu öffnen.

*Annette Groth, Norman Paech, Richard Falk*